



August 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht ausgestanden	5
Befürworter des Atomausstiegs wieder zahlreicher.....	8
Überwiegend Lob für die Große Koalition	9
Regierungsarbeit der Union wird stärker honoriert als die der SPD	10
Politikerzufriedenheit: Merkel an der Spitze, Steinmeier auf Platz vier.....	11
Kanzler-Direktwahl: Merkels Vorsprung vor Steinmeier wird größer	13
Kandidatenvergleich: Merkel schärft ihr Profil	14
Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb baut Vorsprung aus	15
Mehrheit wünscht unionsgeführte Bundesregierung	19
FDP-Regierungsbeteiligung wird mehrheitlich befürwortet.....	21
Mehrheit beklagt weiterhin Gerechtigkeitsdefizit	22

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND August 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.002 Befragte Zusatzfrage Profilvgl. Merkel/Steinm.: 1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.541 Befragte	
Erhebungszeitraum:	3. bis 4. August 2009 Zusatzfrage Profilvgl. Merkel/Steinm.: 4. bis 5. August Sonntagsfrage: 3. bis 5. August 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	☎ 030/533 22 - 113 ☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, August 2009
67.10.105457

Analyse

Zusammenfassung

Aus Sicht der Deutschen ist die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht ausgestanden: 59 Prozent glauben, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Zwar sind zwei Drittel (65 Prozent) nach eigenem Bekunden von der Krise bisher nicht persönlich betroffen, doch 47 Prozent machen sich Sorgen über ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft. Eine Mehrheit (62 Prozent) vertraut weiterhin darauf, dass die Bundesregierung das Land gut durch die Krise führt, doch hat das Zutrauen abgenommen (-8 Punkte im Vergleich zum Juni). Dies mag daran liegen, dass eine Mehrzahl der Bürger stärkere staatliche Kontrolle der Banken und deren Finanz-Transaktionen einfordert. Rund neun von zehn sind der Auffassung, dass sich eine solche Krise durchaus wiederholen kann und die kleinen Leute dies ausbaden müssen.

Die Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode fällt überwiegend positiv aus: 57 Prozent attestieren der Großen Koalition, in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet zu haben. Der größere Anteil an deren Erfolgen wird indes der Union zugeschrieben, die aus Sicht von 62 Prozent gute Arbeit in den letzten vier Jahren geleistet hat. Die zurückliegenden elf Regierungsjahre der SPD finden nur bei 49 Prozent ein wohlwollendes Echo.

Auf personeller Ebene ist die CDU/CSU knapp zwei Monate vor dem Urnengang besser aufgestellt als die SPD. Die ersten drei Plätze im Politiker-Ranking werden aktuell von Unions-Vertretern gehalten: Beliebteste Politikerin in Deutschland ist Angela Merkel, deren Arbeit von 72 Prozent Zustimmung erfährt, gefolgt von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (68 Prozent) und Familienministerin Ursula von der Leyen, die mit 63 Prozent ihren bisher besten Wert im ARD-DeutschlandTREND erreicht. Erst auf Platz vier folgt SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier (58 Prozent). Auch bei der Kanzler-Alternative wird der Vorsprung der Amtsinhaberin vor ihrem Herausforderer noch einmal größer: 61 Prozent würden sich für Merkel entscheiden, lediglich 24 Prozent für Steinmeier – der Abstand von 37 Punkten ist so groß wie noch nie im ARD-DeutschlandTREND. Im Vergleich der beiden Kandidaten kann Merkel ihr Persönlichkeitsprofil schärfen.

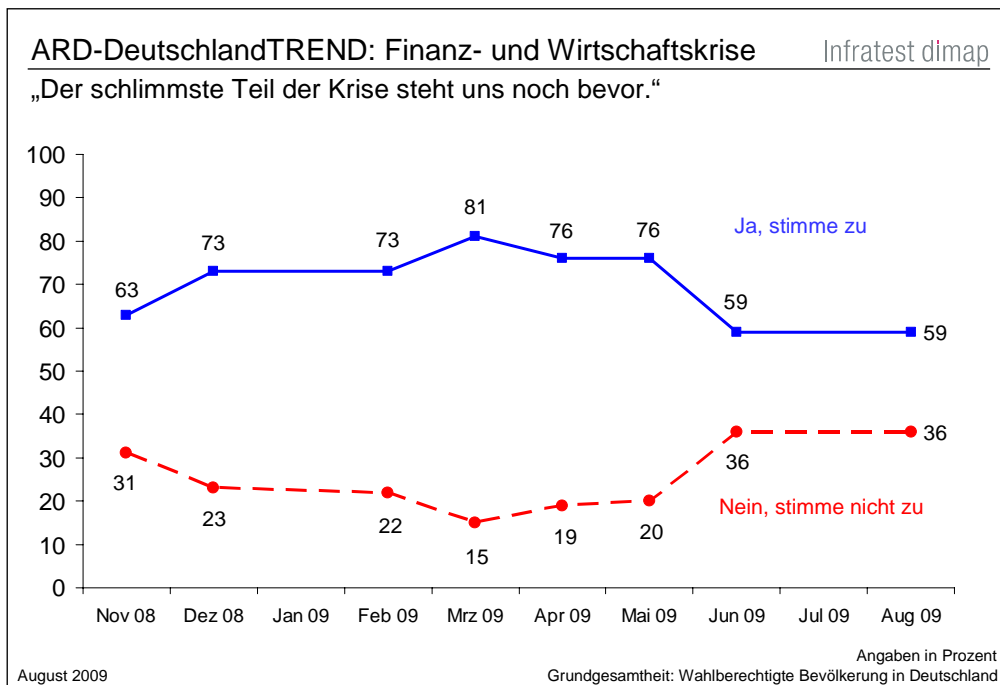
Die politische Stimmung ist nach wie vor ungünstig für die Sozialdemokraten, während das bürgerliche Lager seinen Vorsprung auszubauen vermag. Derzeit kämen CDU/CSU auf 35 Prozent der Stimmen (-1 im Vergleich zur Vorwoche). Die FDP würde 16 Prozent erreichen (+2). Die SPD hingegen könnte 23 Prozent (-1) der Stimmen für sich verbuchen. Grüne (13 Prozent) und Linke (10 Prozent) halten ihren Wähleranteil stabil. Die beiden bürgerlichen Parteien könnten ihren Anteil auf 51 Prozent ausbauen.

Eine Mehrheit der Bürger (55 Prozent) wünscht sich auch nach der Wahl eine Unionsgeführte Bundesregierung, nur 29 Prozent befürworten eine Führungsrolle der SPD. Sollte es die Alternativen bürgerliche Regierung oder Große Koalition geben, würden sich etwas mehr für eine Bundesregierung aus Union und FDP entscheiden (47:43 Prozent). Immerhin 58 Prozent aller Wahlberechtigten fänden es gut, wenn die FDP in der nächsten Legislatur mit am Kabinetttisch säße.

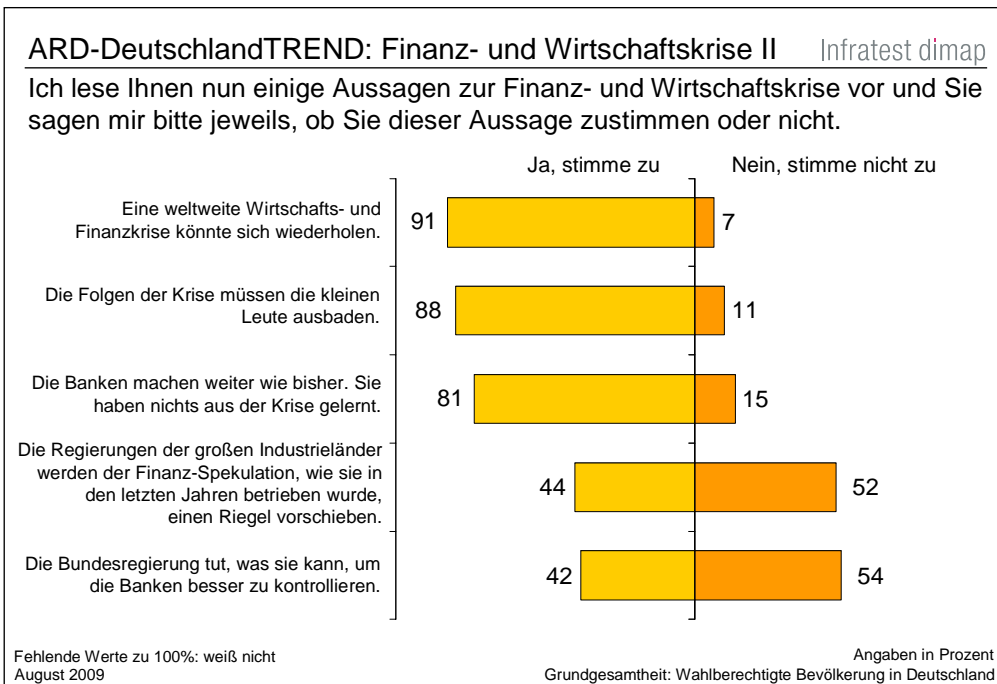
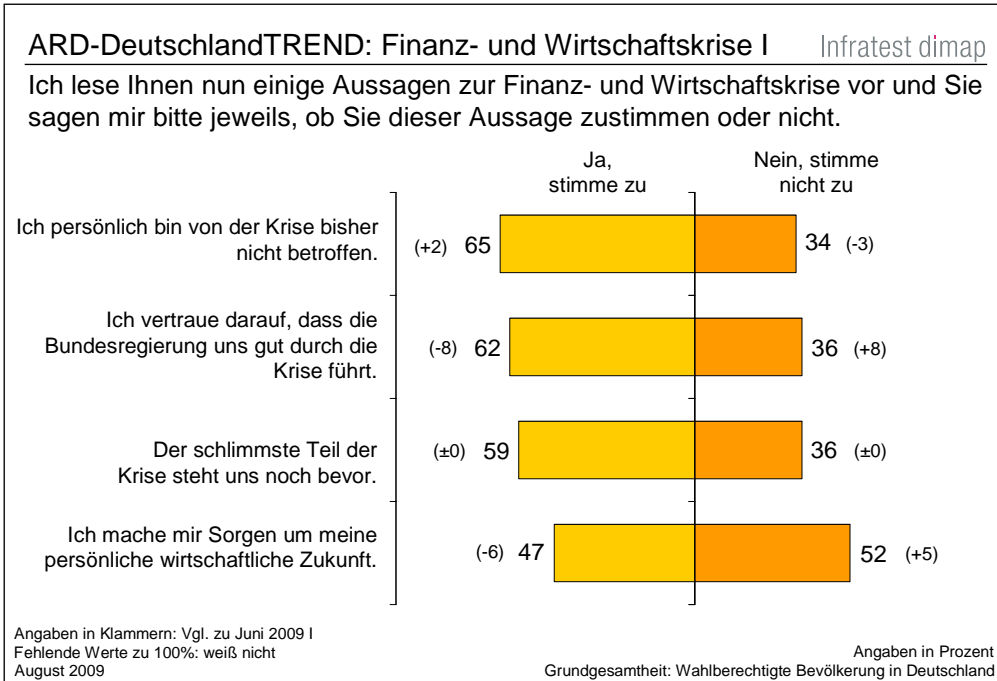
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom August, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 3. bis 4. August 1.002, für den Profilvergleich Merkel/Steinmeier vom 4. bis 5. August 1.000, für die Sonntagsfrage vom 3. bis 5. August 1.541 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht ausgestanden

In den letzten Wochen haben sich eine Reihe von Indikatoren zur wirtschaftlichen Lage positiv entwickelt. Einige Experten prophezeien, dass die Wirtschaftskrise im Laufe des Jahres überwunden sein wird. Die Bundesbürger betrachten indes die optimistischen Prognosen überwiegend skeptisch. Sechs von zehn (59 Prozent) unter ihnen glauben, dass uns der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht: An dieser Einschätzung hat sich in den letzten Wochen nichts geändert. Auch wenn einige Konjunkturindikatoren bereits Besserung verheißen – der zu befürchtende Beschäftigungseinbruch in naher Zukunft dürfte für das Urteil der Bürger wegen der unmittelbaren Betroffenheit entscheidender sein.



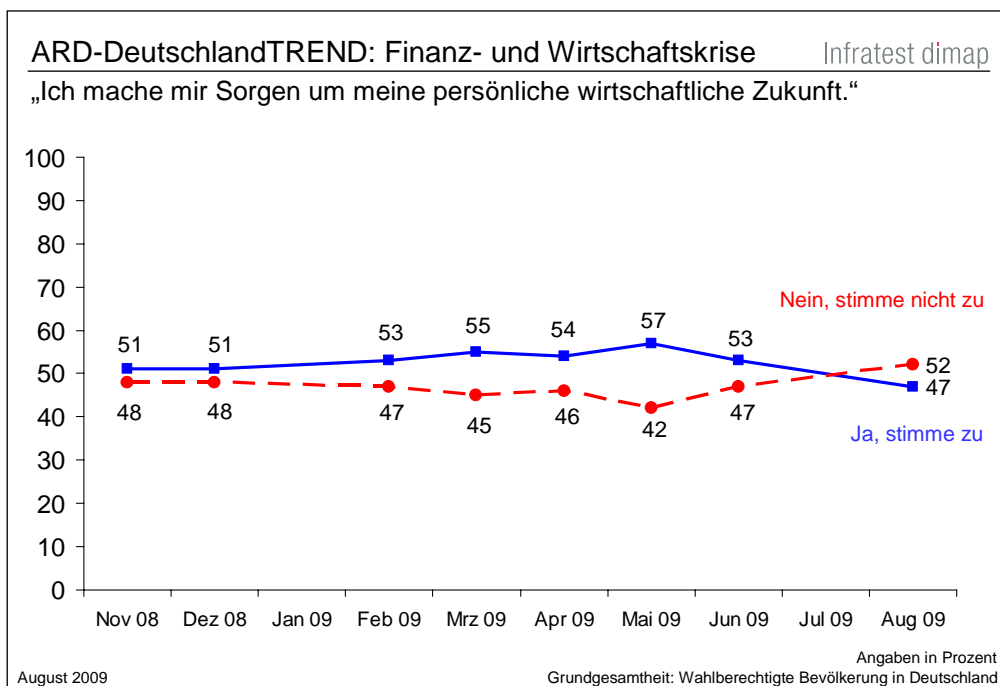
Zwei Drittel der Bevölkerung (65 Prozent) sind, wie schon im Juni, nach eigenem Bekunden von der Krise persönlich bisher gar nicht betroffen. Dennoch gibt sie für 47 Prozent Anlass zur Sorge über die eigene wirtschaftliche Zukunft. Die Befürchtungen, von den Folgen der Krise dennoch eingeholt zu werden, haben dabei etwas nachgelassen. Im Juni zeigten sich noch 53 Prozent besorgt.



Der Bundesregierung wird dabei alles in allem ein beachtliches Vertrauen in ihre wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz entgegengebracht. Sechs von zehn Bürgern setzen darauf, dass sie das Land gut durch die Krise führen wird. Im Juni fiel das Vertrauen mit 70 Prozent allerdings noch etwas deutlicher aus. Eher Skepsis zeigt sich indes, wenn es um konkrete Schritte zur Überwindung der Finanzkrise geht. Vier Zehntel (42 Prozent) attestieren der Bundesregierung, sie würde tun was sie kann, um die Banken besser zu kontrollieren. Die größere Zahl von 54 Prozent verneint ein derartiges Engagement des Berliner Kabinetts. In gleichem Maße setzen die

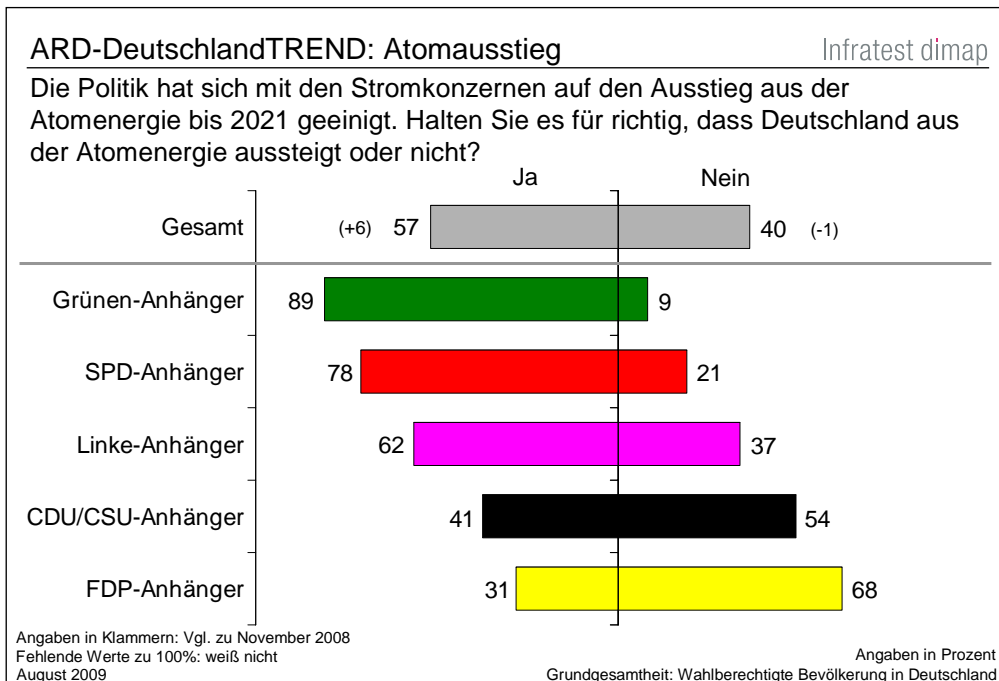
Bundesbürger darauf, dass die Regierungen der großen Industrienationen alle Anstrengungen unternehmen, um der Finanzspekulation, wie sie in den letzten Jahren betrieben wurde, einen Riegel vorzuschieben.

Dies wäre nach Ansicht von vier Fünftel (81 Prozent) der Bevölkerung besonders dringlich, weil, so ihr Eindruck, die Banken aus der Krise nichts gelernt haben und weitermachen wie bisher. Nicht zuletzt deshalb steht für die große Mehrheit von 91 Prozent auch fest, dass sich eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise jederzeit wiederholen könnte. Dies wäre auch deshalb sehr prekär, weil, so das Fazit von 88 Prozent der Bürger, es am Ende immer die kleinen Leute sind, die die Folgen der Krise ausbaden müssen.



Befürworter des Atomausstiegs wieder zahlreicher

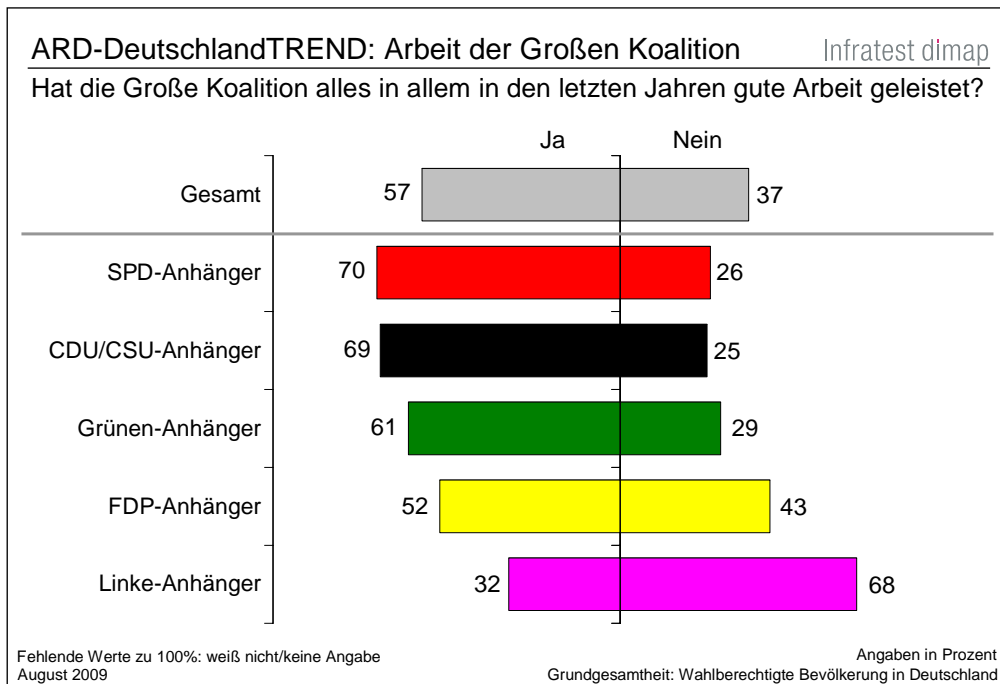
Neun Jahre nach der Einigung der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit der Energiewirtschaft über einen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie hat die Debatte um den globalen Klimawandel die Aufmerksamkeit wieder auf diese Form der Energiegewinnung gelenkt. Die Befürworter der Kernenergie argumentieren mit der aus ihrer Sicht klimafreundlichen Stromproduktion, während deren Gegner die Risiken dieser Technologie als Argument ins Feld führen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Zwischenfälle im Atomkraftwerk Krümmel nimmt in der deutschen Bevölkerung die Unterstützung für den Ausstiegsbeschluss wieder zu. Derzeit halten 57 Prozent der Bürger den Ausstieg für richtig, 6 Punkte mehr als im November letzten Jahres. Demgegenüber lehnen 40 Prozent den Ausstieg aus der Atomenergie ab.



Die Anhänger der Grünen und der SPD sprechen sich mit sehr großen Mehrheiten für den Atomausstieg aus. Dieser Meinung schließt sich auch der überwiegende Teil der Linken-Wähler an. Im Lager der bürgerlichen Parteien sind die Befürworter der Kernenergie mehr (FDP) bzw. weniger deutlich (Union) vertreten.

Überwiegend Lob für die Große Koalition

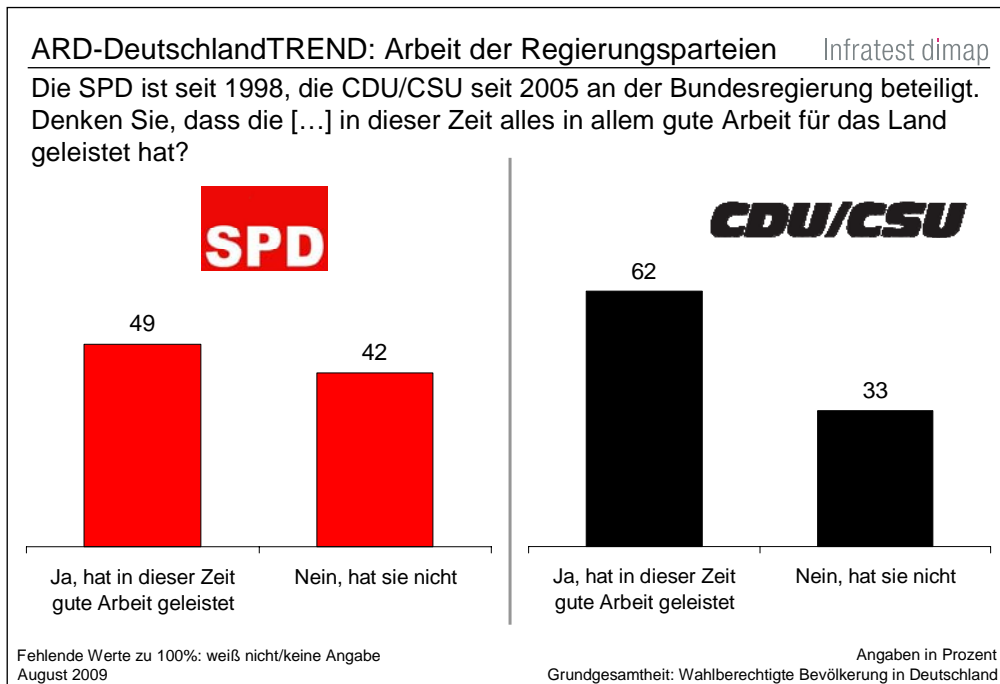
Die Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode fällt für die Große Koalition überwiegend positiv aus: Sie hat nach Ansicht von knapp sechs Zehntel der Bevölkerung (57 Prozent) in den letzten Jahren alles in allem gute Arbeit geleistet. Ein Minderheit von 37 Prozent stellt dies in Abrede.



Überwiegend positive Stellungnahmen zu den Leistungen des Berliner Kabinetts sind dabei in den Anhängerschaften aller Parteien mit Ausnahme der Linken zu registrieren.

Regierungsarbeit der Union wird stärker honoriert als die der SPD

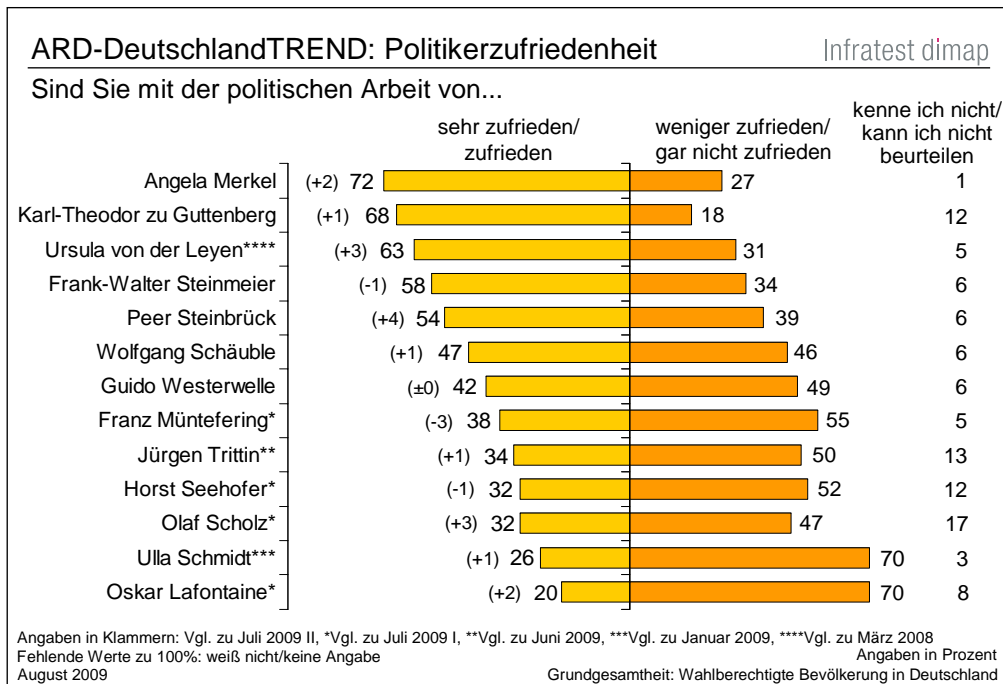
Der größere Anteil an den Erfolgen der Bundesregierung kommt dabei nach Einschätzung der Bundesbürger indes der CDU/CSU zu, von der 62 Prozent sagen, sie habe in ihren zurückliegenden vier Regierungsjahren gute Arbeit für das Land geleistet. Mit Blick auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner, der schon seit 1998 in Regierungsverantwortung steht, teilen lediglich 49 Prozent diese Bewertung.



Politikerzufriedenheit: Merkel an der Spitze, Steinmeier auf Platz vier

In personeller Hinsicht ist die Union knapp zwei Monate vor dem Urnengang deutlich besser aufgestellt als ihr Koalitionspartner. Aktuell werden die Plätze 1 bis 3 der Rangliste der beliebtesten Politiker Deutschlands von Unions-Politikern belegt, erst auf Platz 4 folgt der erste SPD-Vertreter. Noch vor wenigen Monaten wurden drei der vier vorderen Plätze von Sozialdemokraten gehalten.

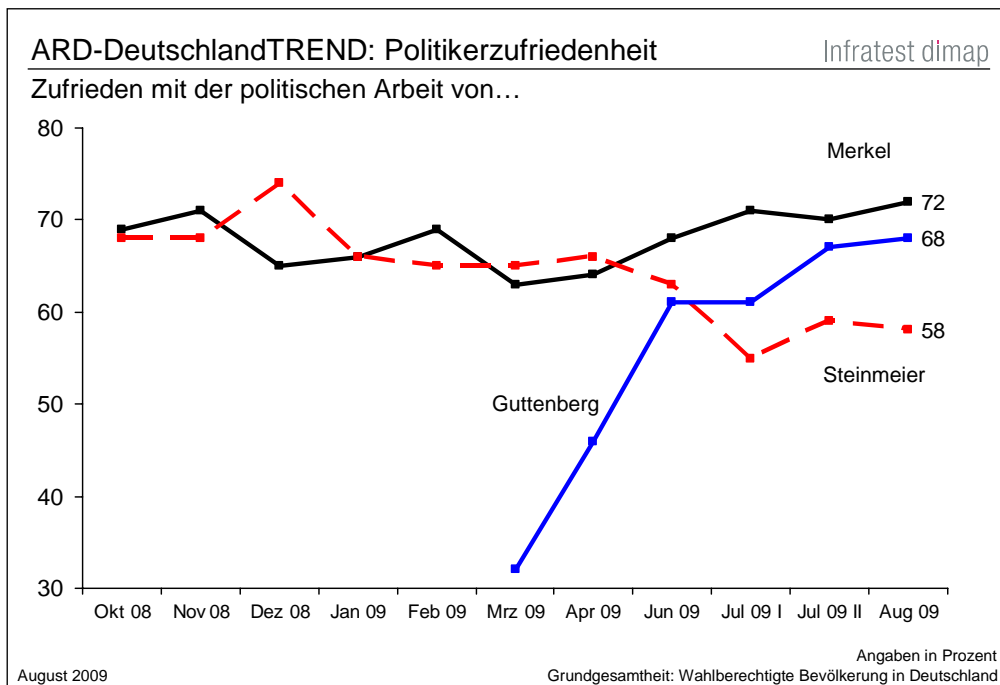
Im August findet weiterhin die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel die meiste Zustimmung in der Bevölkerung: 72 Prozent (+2 Punkt im Vergleich zur Vorwoche) sind aktuell mit ihrer Arbeit zufrieden – Merkels bester Wert seit November 2007. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kann erneut leicht zulegen und bekommt von 68 Prozent der Deutschen positive Bewertungen, womit er seinen zweiten Platz behauptet. Hinter den beiden platziert sich Familienministerin Ursula von der Leyen mit 63 Prozent wohlwollenden Urteilen – ihr bisher bester Wert im ARD-DeutschlandTREND. Indes liegt SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier mit einigem Abstand hinter dem Spitzentrio auf Platz vier (58 Prozent, -1).



Die beiden Regierungsmitglieder Peer Steinbrück und Wolfgang Schäuble liegen mit ihren Bewertungen im Mittelfeld: Der SPD-Finanzminister bekommt von 54 Prozent (+4 binnen Wochenfrist) gute Noten, während der CDU-Innenminister von 47 Prozent (+1) der Bürger positiv beurteilt wird. Am Ende des Mittelfeldes rangiert der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der mit 38 Prozent die schlechteste Bewertung seit November 2006 hinnehmen muss. Mit deutlichem Abstand folgt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (32 Prozent). Die sozialdemokratischen Ressortchefs aus dem Arbeitsministerium, Olaf Scholz (32 Prozent, +3), und dem Gesundheitsministerium, Ulla Schmidt (26 Prozent), vereinen deutlich weniger

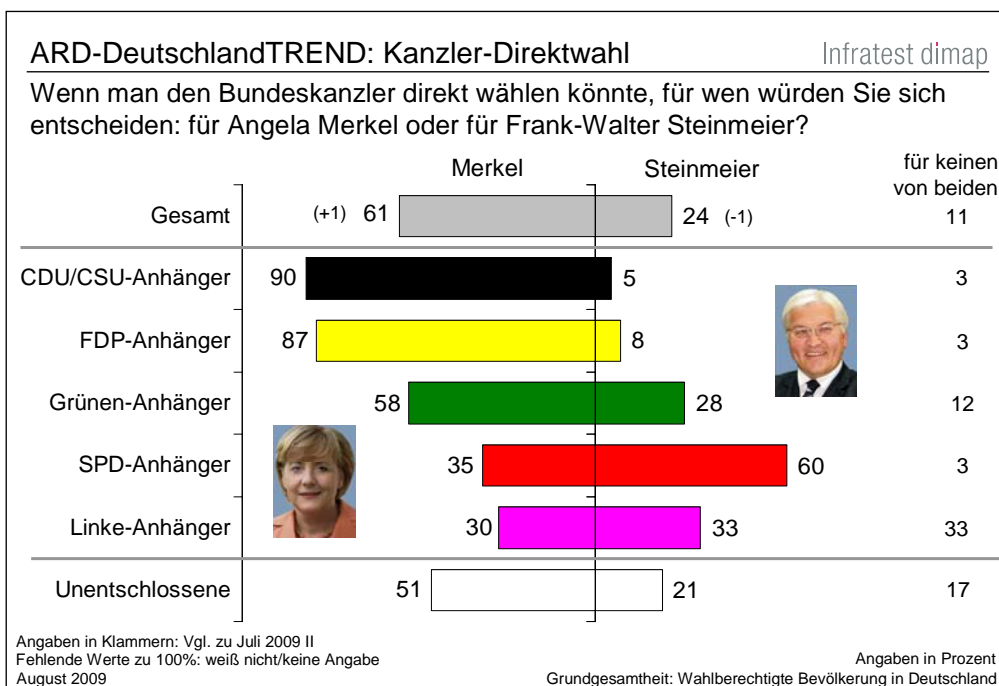
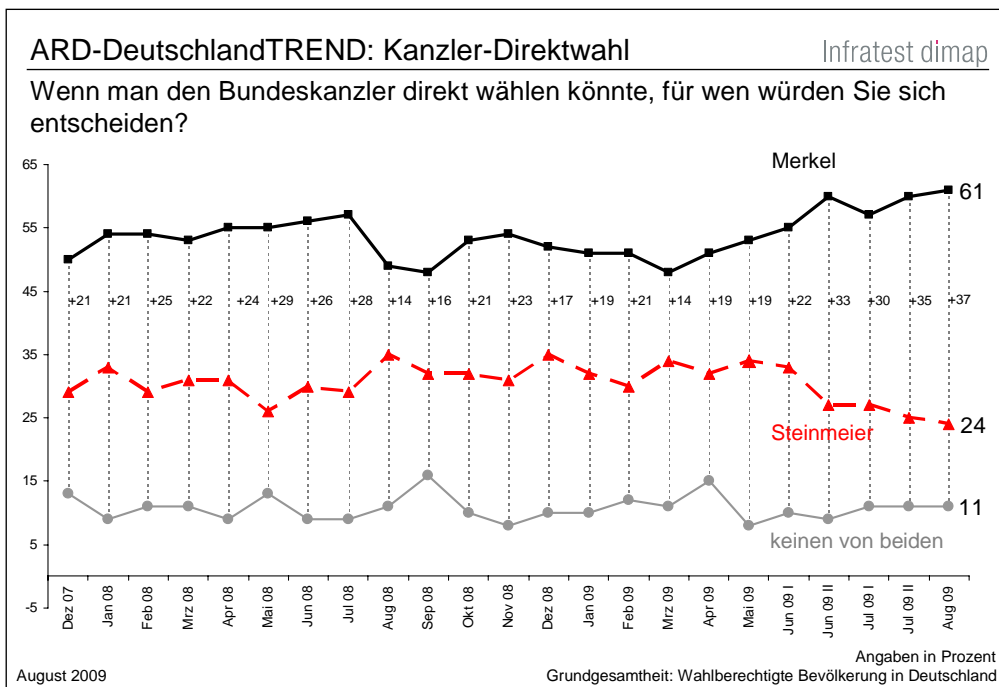
wohlwollende Bewertungen auf sich als ihre Kabinettskollegen. Die Diskussion um den Einsatz ihres Dienstwagens an ihrem Urlaubsort hat Schmidts ohnehin relativ niedrigem Ansehen offenbar nicht (weiter) geschadet, gleichwohl ist sie nach wie vor unter den abgefragten Ministern das unbeliebteste Kabinettsmitglied.

Unter den in diesem Monat bewerteten Oppositionsvertretern verfügt FDP-Chef Guido Westerwelle (42 Prozent) über den mit Abstand größten Rückhalt in der Bevölkerung, deutlich vor Jürgen Trittin (34 Prozent). Der grüne Spitzenkandidat verbucht damit seinen besten Wert seit Januar 2003, als er 36 Prozent Zustimmung erreichte. Linken-Chef Oskar Lafontaine steht mit 20 Prozent erneut am Ende der Rangliste.



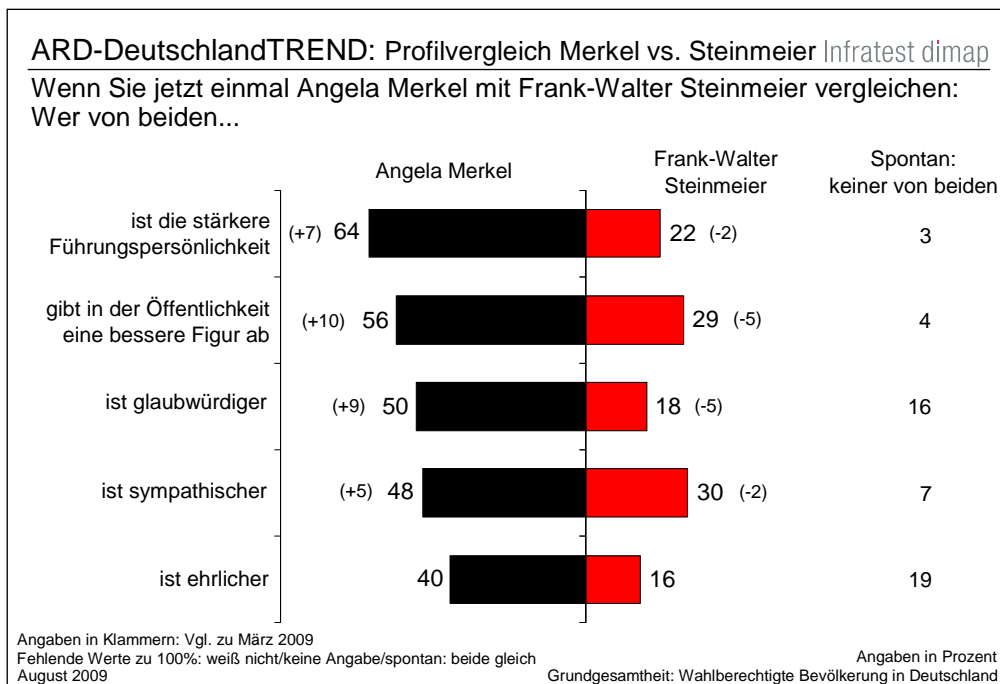
Kanzler-Direktwahl: Merkels Vorsprung vor Steinmeier wird größer

Auch in der direkten Konfrontation der beiden Spitzenkandidaten von Union und SPD hat sich der Vorsprung der Amtsinhaberin vor ihrem Herausforderer noch einmal vergrößert: Derzeit würden sich 61 Prozent der Deutschen für Angela Merkel als Bundeskanzlerin entscheiden. Lediglich 24 Prozent wollen Frank-Walter Steinmeier im höchsten Regierungsamt sehen, erneutes Rekordtief für den SPD-Kanzlerkandidaten. Damit ist der Abstand zwischen den beiden auf den bisher höchsten Wert, 37 Punkte, angewachsen.



Kandidatenvergleich: Merkel schärft ihr Profil

In den Medien wird häufig darüber berichtet, dass sich die beiden Kanzlerkandidaten von Union und SPD in ihrer Persönlichkeit sehr ähnlich seien. Aus Sicht der Bevölkerung weisen die beiden aber deutlich unterschiedliche Profile auf. Merkel gilt im Vergleich mit Steinmeier als die mit Abstand stärkere Führungspersönlichkeit (64:22 Prozent), die zudem in der Öffentlichkeit eine bessere Figur macht als der deutsche Chef-Diplomat (56:29 Prozent).

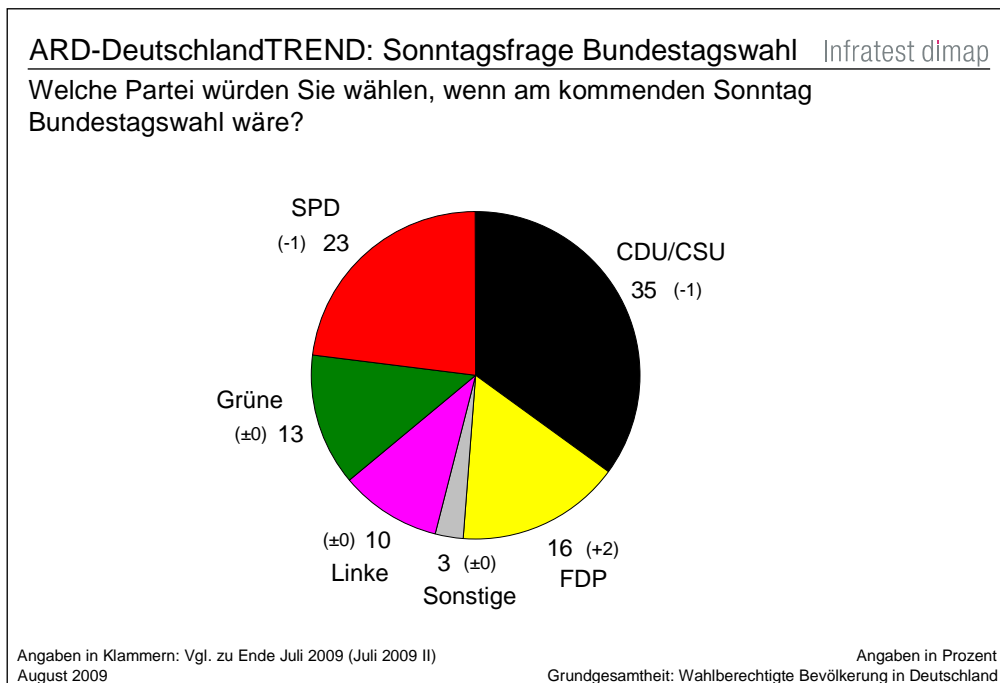


Darüber hinaus gilt die Kanzlerin als deutlich glaubwürdiger (50:18 Prozent), sympathischer (48:30 Prozent) und ehrlicher (40:16 Prozent) als ihr Herausforderer.

Im Vergleich zum März konnte Merkel ihr Profil deutlich schärfen. Auch in SPD-Reihen kann Merkel in bemerkenswerter Weise punkten: Für 29 Prozent der SPD-Anhänger gilt Angela Merkel als sympathischer im Vergleich zum sozialdemokratischen Kandidaten, für 42 Prozent punktet sie mehr in der öffentlichen Darstellung und für 43 Prozent ist sie führungsstärker.

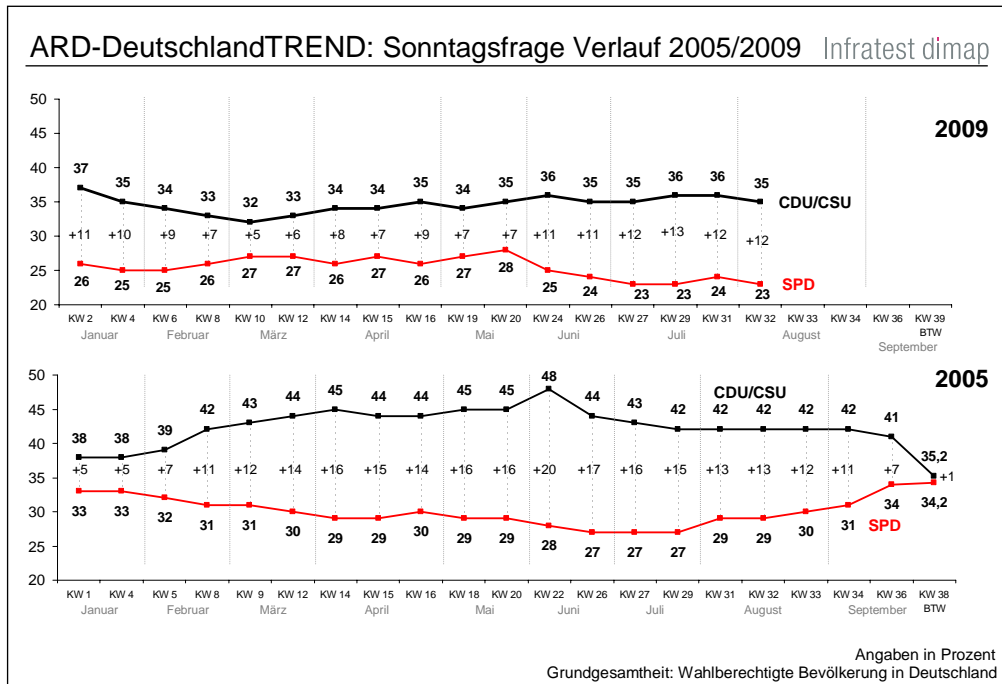
Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb baut Vorsprung aus

Die politische Stimmung in Deutschland ist nach wie vor ungünstig für die Sozialdemokraten, gleichzeitig vermag das bürgerliche Lager seinen Vorsprung auszubauen. Wenn der Bundestag bereits am nächsten Sonntag gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von 35 Prozent, ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zur Vorwoche. Die SPD würde in gleichem Umfang verlieren und erhielte lediglich 23 Prozent der Stimmen. Die FDP hingegen vermag zwei Punkte zuzulegen und käme derzeit auf 16 Prozent. Die Grünen halten ihren Stimmenanteil von 13 Prozent konstant. Gleiches gilt für die Linke mit 10 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 3 Prozent der Stimmen erreichen.



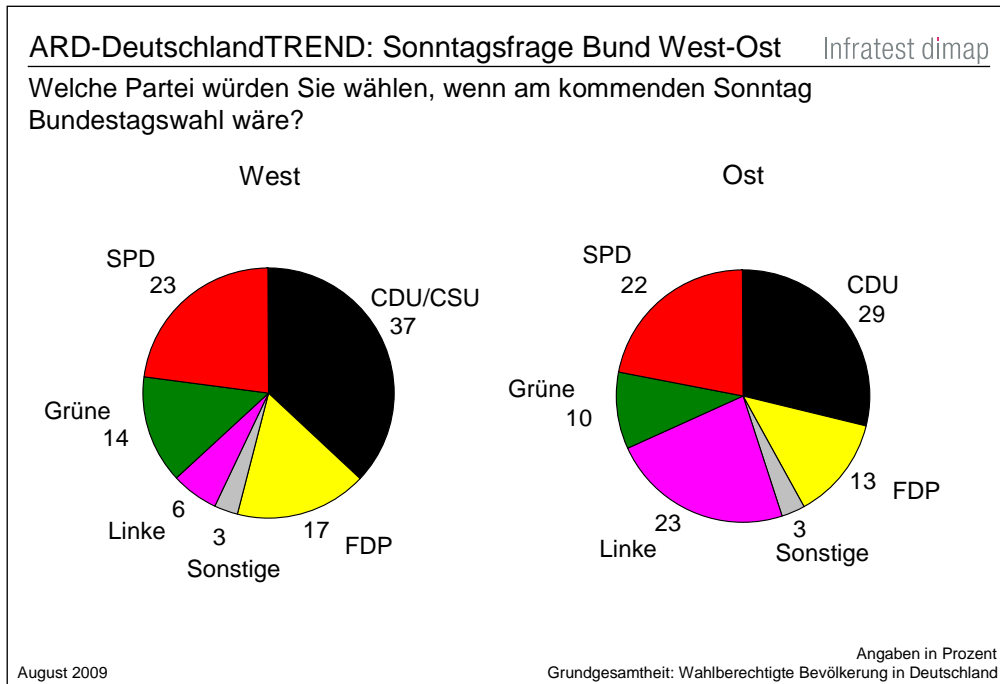
Wäre dies das Ergebnis der Bundestagswahl, verfügte neben einer großen Koalition auch ein Bündnis aus Union und FDP sowie eine „Ampel“-Koalition über die notwendige Mehrheit der Parlamentsmandate. Die beiden bürgerlichen Parteien können gegenüber der Vorwoche ihren Anteil auf 51 Prozent ausbauen.

Der Vergleich mit der politischen Stimmung vor der letzten Bundestagswahl zeigt, dass der Vorsprung der Union vor der SPD Anfang August 2005 ähnlich groß war wie zum jetzigen Zeitpunkt. Allerdings bewegen sich die Wähleranteile beider Parteien in 2009 auf deutlich niedrigerem Niveau als vor vier Jahren.



Sonntagsfrage, 01.05.09, 09.09.09

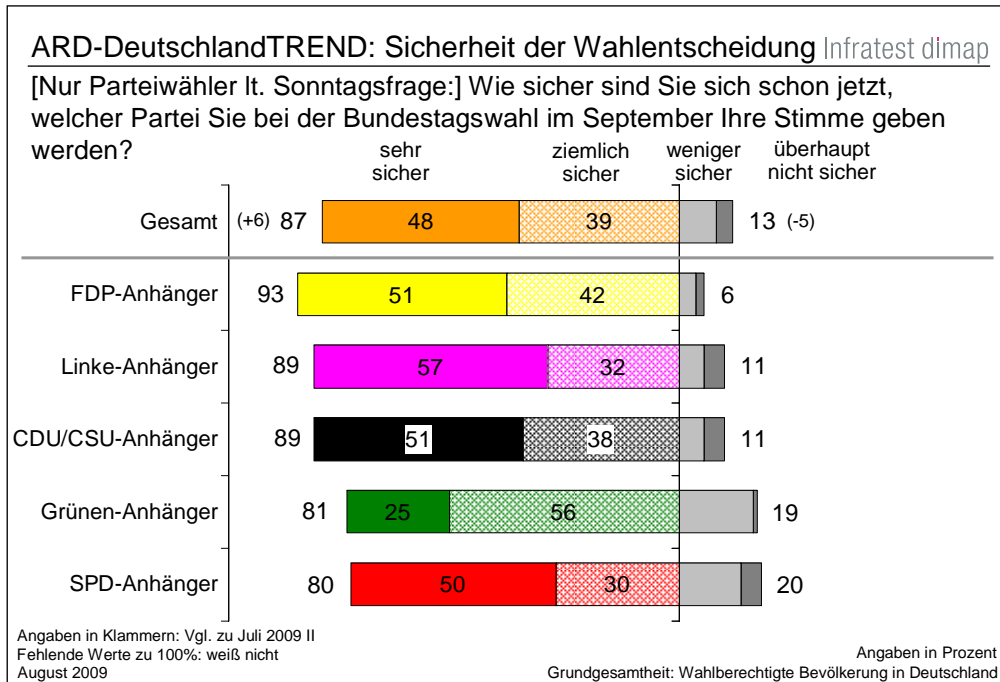
Wie in Deutschland insgesamt geben Union und SPD in den **alten Bundesländern** jeweils leicht an Stimmen ab und erreichen aktuell 37 bzw. 23 Prozent. Die FDP legt auch hier zwei Punkte zu und kommt auf 17 Prozent der Stimmen. Grüne und Linke blieben konstant bei 14 bzw. 6 Prozent.



In den **neuen Bundesländern** verbessern sich Union (29 Prozent), FDP (13 Prozent) und Grüne (10 Prozent) leicht. Zugleich müssen Linke (23 Prozent) und SPD (22 Prozent) leicht abgeben.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten liegt bei knapp 30 Prozent. Die Verunsicherung ist nach wie vor insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

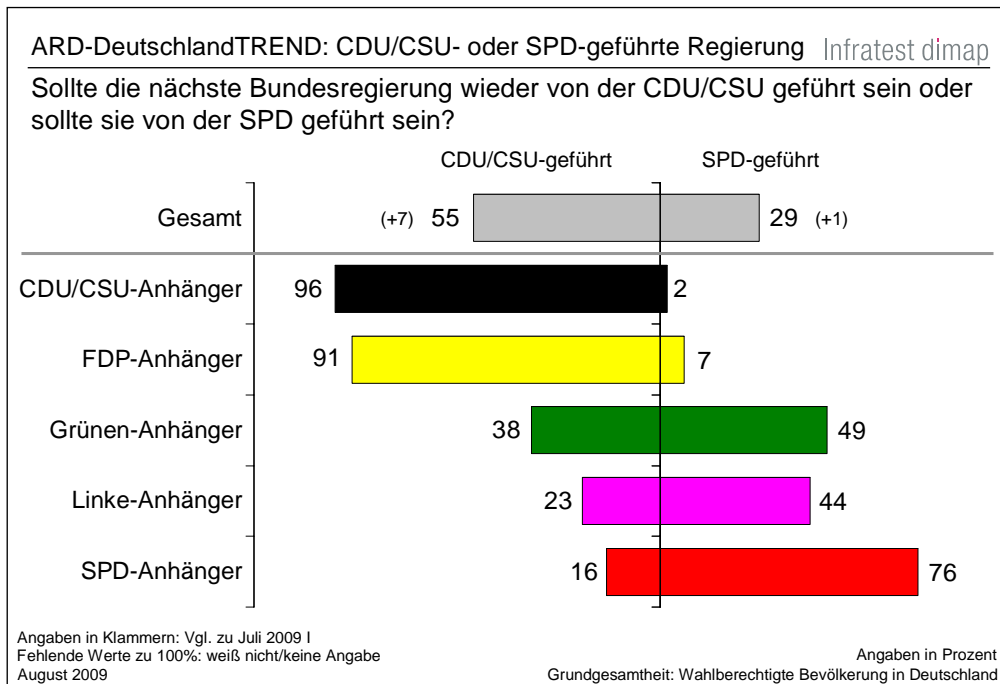
Knapp jeder zweite Wahlberechtigte (48 Prozent), der sich derzeit zur Stimmabgabe für eine Partei bekennt, gibt an, sich mit dieser Entscheidung schon sehr sicher zu sein. Demgegenüber äußert mehr als jeder Zweite (52 Prozent), seine derzeitige Parteipräferenz möglicherweise noch überdenken zu wollen, weil die jetzige Festlegung lediglich ziemlich sicher (39 Prozent), weniger sicher (9 Prozent) oder noch überhaupt nicht sicher (4 Prozent) sei.



Die Linke verfügt über die Anhängerschaft, die sich mit ihrer derzeitigen Präferenz am sichersten ist (57 Prozent). Die FDP, die Union (jeweils 51 Prozent) und die SPD (50 Prozent) können sich zum jetzigen Zeitpunkt auf rund jede zweite Stimme verlassen, während sich in der Anhängerschaft der Grünen nur jeder Vierte (25 Prozent) seiner aktuellen Parteiorientierung bereits sehr sicher ist.

Mehrheit wünscht unionsgeführte Bundesregierung

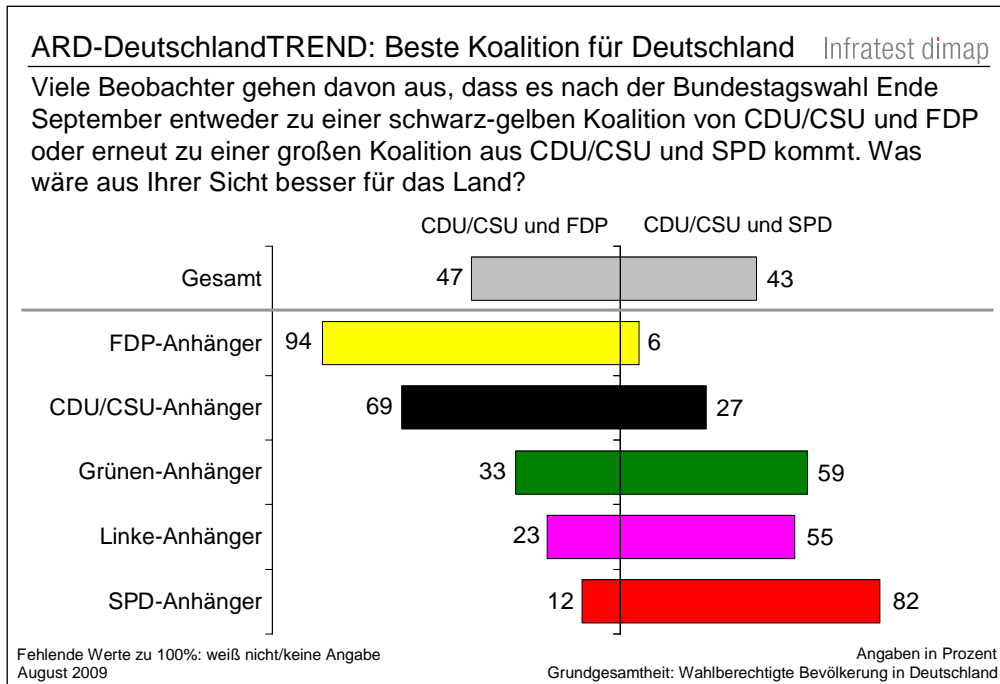
Die nächste Bundesregierung soll nach dem Willen einer Mehrheit von 55 Prozent der Bevölkerung wieder von der CDU/CSU geführt werden. Drei von zehn Bürgern (29 Prozent) würden es hingegen lieber sehen, wenn ein sozialdemokratischer Kanzler an der Spitze stehen würde. Jeder Sechste (16 Prozent) kann oder will sich weder für die eine noch die andere Variante entscheiden.



Der Rückhalt für eine erneute Führungsrolle der Union hat sich damit seit Juni dieses Jahres verstärkt. Seinerzeit plädierten 48 Prozent für einen Regierungschef aus den Reihen der CDU/CSU.

Nahezu einmütig fällt die Präferenz für eine unionsgeführte Bundesregierung bei den Anhängern der CDU/CSU und denen der FDP aus. Unter den Wählern der SPD bevorzugen hingegen lediglich 76 Prozent eine SPD-geführte Regierung, immerhin 16 Prozent favorisieren die Union als bestimmende Regierungspartei. In den Reihen der Grünen und selbst der Linken finden sich beachtliche Anteile von 38 bzw. 23 Prozent, die einer Bundesregierung unter einem Kanzler der CDU/CSU den Vorzug geben.

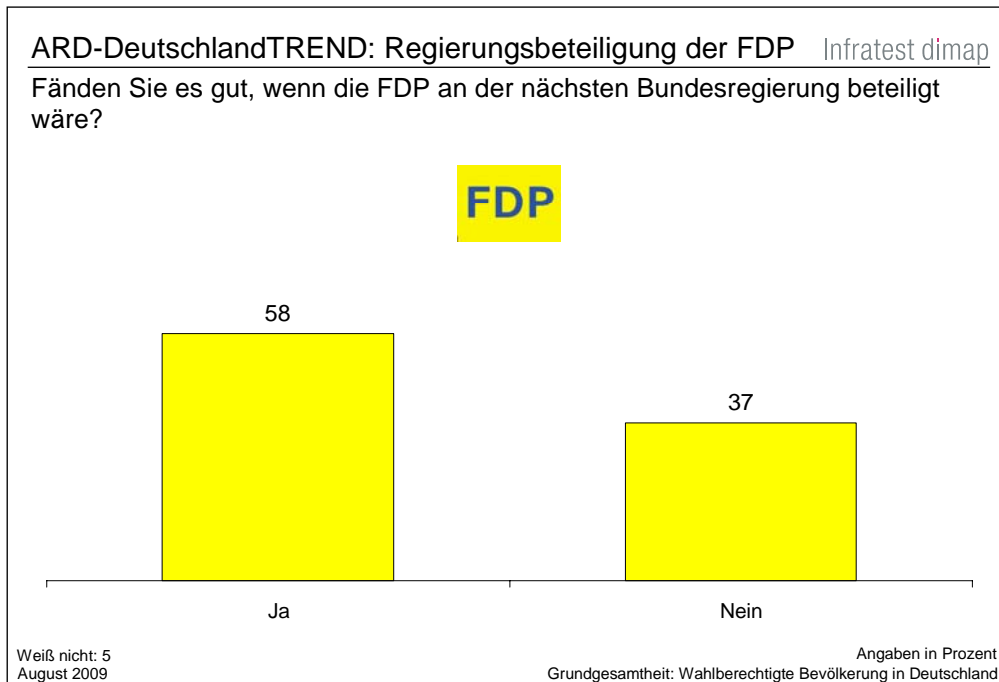
Eher kontrovers wird die Frage beantwortet, welche Koalition Deutschland nach der nächsten Bundestagswahl regieren soll. Für ein schwarz-gelbes Bündnis aus CDU/CSU und FDP plädieren 47 Prozent, für eine Fortsetzung der Großen Koalition von Union und SPD sprechen sich 43 Prozent aus.



In der Anhängerschaft der CDU/CSU findet sich mit 69 Prozent ein klares Votum für Schwarz-Gelb. Deutliche Mehrheiten für Schwarz-Rot gibt es hingegen erwartungsgemäß bei den Wählern der SPD selbst, aber mit 59 bzw. 55 Prozent auch in den Lagern der Grünen und der Linken.

FDP-Regierungsbeteiligung wird mehrheitlich befürwortet

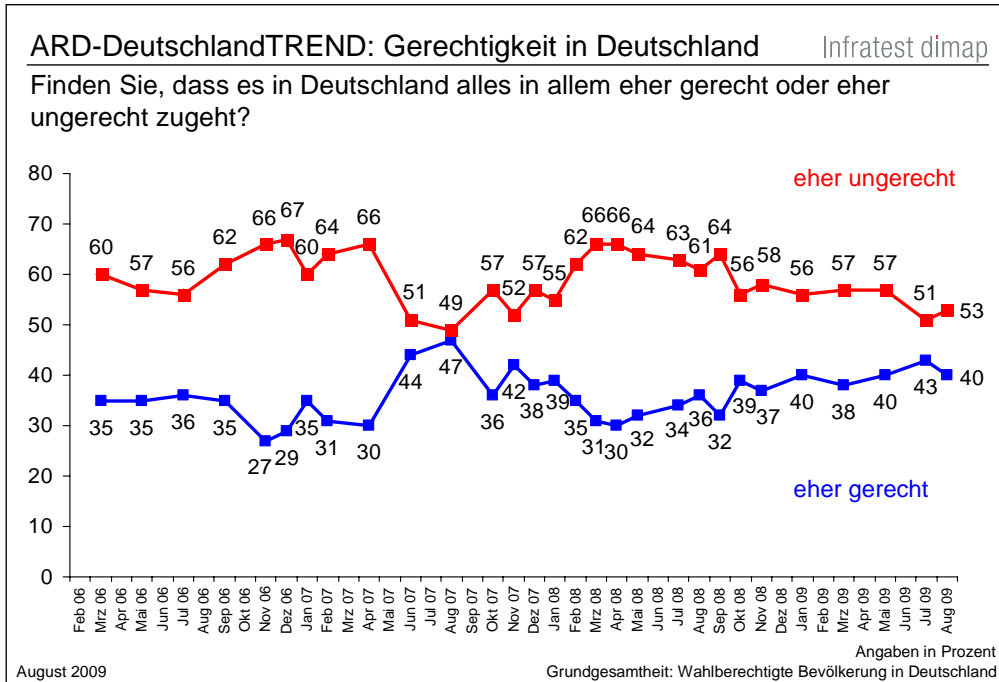
Eine Kabinettsbeteiligung der FDP wäre nach Ansicht einer Mehrheit von 58 Prozent der Bevölkerung eine gute Sache, 37 Prozent halten hingegen nichts davon, die Liberalen an der Macht teilhaben zu lassen.



Immerhin auch rund jeder dritte SPD-Anhänger (32 Prozent) spricht sich für eine Regierungsbeteiligung der Liberalen aus – möglicherweise mit Blick auf eine Ampel-Koalition unter Führung der Sozialdemokraten.

Mehrheit beklagt weiterhin Gerechtigkeitsdefizit

Nach wie vor beklagt eine Mehrheit der Deutschen (53 Prozent), dass die Verhältnisse hierzulande nicht gerecht seien. Im Vergleich zum Vormonat ist dies ein Zuwachs von 2 Prozentpunkten. Demgegenüber konstatieren 40 Prozent (-3), dass es alles in allem gerecht zugeht. Insgesamt hat damit die skeptische Sicht auf die gesellschaftlichen Zustände leicht zugenommen.



In Ostdeutschland (59:31) wird dieses Gerechtigkeitsdefizit stärker als in den alten Bundesländern (51:43) beklagt.